

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT

DER BUNDESREPUBLIK

AN DER JAHRESWENDE 1959/60

Während der Konjunkturverlauf zu Beginn des Jahres 1959 im ganzen stark abgeschwächt und in weiten Bereichen der Wirtschaft sogar rückläufig war, lief die westdeutsche Wirtschaft am Jahresende mit wenigen Ausnahmen, zu denen als bedeutendste der Kohlenbergbau gehört, „auf vollen Touren“. Der Aufschwung vollzog sich meist ziemlich rasch im Frühjahr 1959; er war so kräftig, daß er für das Wirtschaftsergebnis des *ganzen* Jahres ausschlaggebend wurde. Wenn auch bis jetzt nur vorläufige und nichtamtliche Schätzungen über die im Jahre 1959 erreichten Zuwachsraten vorliegen, so kann es doch als sicher gelten, daß das *Bruttosozialprodukt real* — d. h. bei Ausschaltung der Preisveränderungen — um etwa 5,5 vH angestiegen ist. Trotz der Flaute in den ersten Monaten des Jahres hat sich die Zuwachsrate gegenüber 1958 immerhin verdoppelt, sie liegt noch über der des Jahres 1957 (5 vH) und erreicht fast die des als gutes Wirtschaftsjahr bezeichneten Jahres 1956 (6,3 vH).

Die *Industrieproduktion*, deren Anteil am Bruttosozialprodukt ungefähr 45 vH beträgt, dürfte 1959 sogar noch etwas mehr, nämlich um fast 6,5 vH, zugenommen haben. Im Jahre 1958 betrug die industrielle Zuwachsrate dagegen nur 3,2 vH, im Jahre 1957 5,7 vH.

Das Ausmaß des wirtschaftlichen Aufschwungs im Jahre 1959 läßt sich an der großen Spanne der Monatszahlen ablesen: Im Januar erzeugte die Industrie je Arbeitstag nur um 0,8 vH mehr als im gleichen Vorjahrsmonat, im Oktober, dem letzten Monat, für den bei Abfassung des Berichts Zahlen vorlagen, betrug dagegen die Zunahme 7,8 vH. Der — am Nettoproduktionswert gemessene — Anteil der Industriezweige mit wachsender Produktion stieg nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften¹⁾ von 52 vH im Januar/Februar 1959 auf 89 vH im Oktober 1959 an und war damit genauso hoch wie im Boom-Jahr 1957. Nur 10 vH der Produktion wurde im Oktober in Branchen erzeugt, die gegenüber dem Vorjahr von Produktionsrückgängen betroffen waren, im Januar/Februar waren es dagegen 38 vH. Von den großen Industriebereichen wiesen zwar zwei im Oktober einen Jahresrückgang auf, jedoch ist nur im Bergbau (—4,7 vH) und hier

1) WWI-Mitteilungen, Heft 4/59, S. 82, und Heft 12/59, S. 287.

in erster Linie im Kohlenbergbau (—8,8 vH) die Erzeugung wirklich gedrosselt worden. Die Abnahme bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (—2,5 vH) ist ausschließlich auf Produktionsverlagerungen in der Tabak verarbeitenden Industrie (—12,9 vH) nach West-Berlin zurückzuführen, dessen Produktion nicht in der Indexrechnung erfaßt wird. Die Produktion der Ernährungsindustrie hielt sich demgegenüber mit 1,3 vH Zunahme etwas über dem Vorjahrsstand.

Wie hoch die Jahreszuwachsrate in den anderen großen Industriebereichen waren, dafür mag der Oktober als Beispiel dienen: In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien nahm die Produktion vom Oktober 1958 zum Oktober 1959 um 15,5 vH zu, in den Investitionsgüterindustrien um 10,2 vH, in den Verbrauchsgüterindustrien um 7,6 vH und bei den Energieversorgungsbetrieben um 12,1 vH, darunter die Elektrizitätserzeugung um 14,9 vH, während die Gaserzeugung um 2 vH zurückging. In diesen Industriebereichen dürften die Produktionskapazitäten, die während der ersten Jahreshälfte vielfach noch zu einem erheblichen Teil brachlagen, inzwischen voll ausgenutzt worden sein.

Die Grenzen der Produktionsmöglichkeiten werden dabei oftmals mehr von dem Mangel an *Arbeitskräften* als vom vorhandenen Produktionsapparat bestimmt. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende November 1959 bei 284 545 gemeldeten offenen Stellen 230 605, das waren 201 000 weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote war auf 1,1 vH, bei den Männern auf 1 vH gesunken. Seit Ende September hatte sich zwar die Arbeitslosenzahl wie in jedem Jahr erhöht, doch betrug die Zunahme nur 43 000, und außerdem handelte es sich ausschließlich um Saisonarbeitskräfte, wie z. B. Land- und Forstarbeiter, Steinbrucharbeiter, Bedienungspersonal in Fremdenverkehrsorten und Ausflugslokalen, und in ländlichen Gegenden auch um einige Tausend Bauarbeiter. In keinem Jahr war es jedoch bisher gelungen, die Arbeitslosigkeit auch noch Ende November so niedrig zu halten. Es wäre viel erreicht, wenn auch in den Wintermonaten die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr annähernd halbiert werden könnte. Dazu können die vom Gesetzgeber beschlossenen und von den Tarifparteien vereinbarten Maßnahmen zur Förderung einer gleichmäßigeren Beschäftigung in der Bauwirtschaft ein gut Teil beitragen, freilich nur, solange wir nicht allzu frostiges und anhaltendes Winterwetter bekommen.

Da keine konjunkturelle Arbeitslosigkeit mehr besteht, kann die Beschäftigtenzahl künftig nur noch durch Zugang aus der „unsichtbaren“ Arbeitsreserve erhöht werden, vor allem durch wieder ins Berufsleben tretende Frauen sowie durch Flüchtlinge aus Mitteleuropa. Aber auch hier sind enge Grenzen gesetzt. Von Jahr zu Jahr ist der Zustrom aus

dieser Reserve jedenfalls geringer geworden, wobei hinzukommt, daß die (bisher positive) Differenz zwischen den ins Wirtschaftsleben tretenden Jugendlichen und den wegen Invalidität, Tod oder auch nach der Heirat ausscheidenden Arbeitnehmern in den Jahren, in denen die schwach besetzten Geburtsjahrgänge 1943 bis 1945 die Schule verlassen, immer kleiner geworden ist. Nicht zuletzt deshalb kann für 1960 bestenfalls eine Zunahme der Beschäftigtenzahl um etwa 1 vH erwartet werden, während sie 1959 immerhin noch rund 2 vH betrug.

Das bedeutet indessen, daß eine Ausweitung der Produktion im neuen Jahr noch mehr als im vergangenen vom Zuwachs der *Produktionsleistung* je Beschäftigten und das heißt von einer Verbesserung des Produktionsapparates und des Produktionsablaufes abhängt. Der Produktivitätszuwachs kann für 1959, bezogen auf die Leistung je Beschäftigtenstunde — d. h. bei Berücksichtigung der im ganzen nur geringfügig verkürzten Arbeitszeit — auf etwa 4 vH geschätzt werden. In der Industrie stieg das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde allerdings weit mehr an. Die Zuwachsrate der industriellen Produktivität betrug im 1. Vj. 5,2 vH, im 2. Vj. 10,4 vH und im 3. Vj. 7,7 vH; für das 4. Vj. sind noch keine Angaben vorhanden. Die Zunahme der Industrieproduktion um 5,8 vH in den ersten zehn Monaten des Jahres 1959 ergibt sich bei einer Abnahme der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden um knapp 2 vH sogar ausschließlich aus dem Zuwachs der industriellen Arbeitsproduktivität.

Das Gesamtangebot an Gütern konnte im vergangenen Jahr indessen auch noch durch einen beträchtlichen Abbau der in der vorangegangenen Flaute angewachsenen Fertigwarenlager der Produzenten sowie durch eine verstärkte Einfuhr von Fertigwaren erhöht werden. Im 3. Vj. 1959 war z. B. die Einfuhr an Fertigwaren um nicht weniger als 21 vH und die Gesamteinfuhr um 16 vH höher als im gleichen Vorjahrszeitraum. Wenn die Ausfuhr im gleichen Zeitraum auch nur um 10 vH anstieg, so flössen allerdings immer noch mehr Güter ins Ausland, als eingeführt wurden. Im 3. Vj. betrug der Exportüberschuß 1,37 Md. DM, in den ersten zehn Monaten 4,7 Md. DM gegenüber 4,8 Md. DM im gleichen Vorjahrszeitraum. Die *Möglichkeiten* zur Ausweitung des Angebots bestehen indessen weiterhin, allerdings befinden sich überhöhte und erheblich abbaufähige Fertigwarenlager nunmehr kaum noch bei den Erzeugern, sondern meist im Groß- und Einzelhandel.

Ob das in dieser Weise erweiterungsfähige Gesamtangebot aber ausreichen wird, um die Gesamtnachfrage zu befriedigen, das ist die Frage, die gegenwärtig die zuständigen Wirtschaftspolitiker beschäftigt. Ihre Beantwortung wird dadurch außerordentlich erschwert, daß zwar die Nachfrage der *Unternehmer* und die *Auslandsnachfrage* sehr stark sind und vielfach

den Angebotsspielraum erheblich übersteigen, daß aber die Nachfrage der *Endverbraucher* hinter dem Anwachsen des Sozialprodukts zurückbleibt. Auslandsnachfrage und Unternehmensnachfrage „überhitzen“ gegenwärtig die Konjunktur, während die Verbrauchernachfrage konjunkturdämpfend wirkt. Der Verbrauch der letzten Konsumenten ist indessen „sowohl Gradmesser als auch Endzweck“, wie „Der Volkswirt“ (vom 7. Nov. 1959) richtig bemerkt. Sollen die in der boomartigen Unternehmensnachfrage zum Ausdruck kommenden hohen Unternehmererwartungen erfüllt werden, dann muß die Verbrauchernachfrage auch mir dem gestiegenen Angebot — und das heißt stärker als bisher — wachsen. Dieser Zusammenhang ist wichtig für die Beurteilung der immer mehr in den Vordergrund der wirtschaftspolitischen Tagesdiskussion rückenden Frage, ob und inwieweit Lohnforderungen und -erhöhungen gerechtfertigt sind. Darauf wird noch näher eingegangen werden.

Zunächst ist jedenfalls festzustellen, daß die eindrucksvolle wirtschaftliche Expansion im vergangenen Jahr von einer hohen Auslandsnachfrage und einer starken Investitionstätigkeit getragen worden ist, wobei sich das Schwergewicht in letzter Zeit von den Bau- zu den Ausrüstungsinvestitionen verschoben hat. Eine starke konjunkturelle Triebkraft war auch die Lageraufstockung, die ebenfalls zu den Investitionen zählt.

Die Export- und Investitionskonjunktur spiegelt sich in der Statistik der *Auftragseingänge* wider. In der Industrie bewegte sich der Auftragseingang im 3. Vj. auf einem um 27 vH höheren Niveau als im gleichen Vorjahreszeitraum, wobei sich die Zunahme der Inlandsaufträge (+ 26,5 vH) und der Auslandsbestellungen (+ 29 vH) ungefähr die Waage hielten. Für den Monat Oktober waren die entsprechenden Jahreszuwachsrate 27,2 vH (insgesamt), 24,6 vH (Inland) und 39,5 vH (Ausland). Freilich ist zu berücksichtigen, daß der Auftragseingang in den Ausgangszeiträumen (3. Vj. und Oktober 1958) besonders niedrig war. Immerhin ist die Bestelltätigkeit aber auch im Vergleich mit den Vorjahren sehr hoch. Die Auftragseingänge überstiegen die Industrieumsätze sowohl im 3. Vj. 1959 als auch im Verlauf der ersten neun Monate des Jahres um jeweils rund 8 vH. Das war seit 1954 nicht zu verzeichnen gewesen. Im 3. Vj. 1958 machten die Bestellungen sogar nur 94 vH der Umsätze aus. Besonders hohe Zuwachsrate weisen u. a. die Stahlindustrie, der Maschinenbau, der Fahrzeugbau, die Elektrotechnische Industrie, aber auch die Ledererzeugende und die Textilindustrie auf.

Während sich die Zunahme der *Ausrüstungsinvestitionen* im Laufe des 2. Hj. 1959 beschleunigte, verlangsamte sich das Wachstum der *Bauinvestitionen* immerhin so stark, daß das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in seinem

letzten Vierteljahresbericht „Wirtschaftskonjunktur“ (H. 3/1959, S. 4) meint: „Die erhebliche Verlangsamung des Wachstums der Bauproduktion hätte bereits in diesem Sommer die Einkommensexpansion nennenswert beeinträchtigt, wenn nicht die Ausrüstungsinvestitionen beschleunigt zugenommen hätten.“ Insbesondere der Wohnungsbau, der sich seit Ende 1958 und vor allem im 1. Hj. 1959 stürmisch ausgeweitet hatte und dadurch entscheidend zum erneuten wirtschaftlichen Aufschwung beitrug, verharrt in letzter Zeit auf einem freilich sehr hohen Produktionsstand, sind doch im Jahre 1959 in der Bundesrepublik (ohne Saarland und West-Berlin) schätzungsweise 550 000 Wohnungen fertiggestellt worden, womit der bisherige Rekord des Jahres 1956 noch geringfügig überschritten wurde, und dürfte doch der in das Jahr 1960 übernommene Bauüberhang annähernd 600 000 Wohnungen betragen haben, das sind rund 8 vH mehr als Anfang 1959. Während die Zahl der *Baugenehmigungen* für Wohnungen im 1. Hj. 1959 um rund 12 vH höher lag als ein Jahr zuvor, entsprach sie im 3. Vj. nur noch dem Vorjahrsstand. Wenn der *Bauaufwand* dennoch um rund 11 vH anstieg, so lag das etwa je zur Hälfte daran, daß die Baupreise angestiegen und die Wohnungen im Durchschnitt größer und besser ausgestattet sind; das *Wohnungsbauvolumen* — errechnet nach Kubikmeter umbautem Raum — stieg um 5 vH an.

Die rückläufige Tendenz im Wohnungsbau ergibt sich vor allem aus dem Auslaufen eines Sonderprogramms für SBZ-Flüchtlinge und Aussiedler. Ihr steht ein Anwachsen des sonstigen öffentlichen Baues, insbesondere des Straßenbaues, sowie — noch stärker — der gewerblichen Bautätigkeit gegenüber. Daran liegt es vor allem, daß trotz der Entspannung beim Wohnungsbau in der Bauwirtschaft die Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage zwar nachgelassen haben, aber doch noch nicht beseitigt werden konnten. Ob dies im neuen Jahr erfolgen wird, hängt weitgehend davon ab, daß die Bauaufträge, insbesondere die öffentlicher Stellen, mehr als bisher für die Arbeit in der beschäftigungsschwachen Zeit während der Wintermonate vergeben werden und daß das am 1. Dezember 1959 in Kraft getretene „Gesetz zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft“ Erfolg hat. Dieses Gesetz sieht u. a. bei Winterbauvorhaben Zuschüsse an Bauherren, Bauunternehmer und Bauarbeiter sowie die Zahlung eines Schlechtwettergeldes vor. Wie die Bundesbank in ihrem Monatsbericht für Oktober 1959 schreibt, haben Fachleute errechnet, daß durch eine gleichmäßiger auf das ganze Jahr verteilte Beschäftigung in der Bauwirtschaft deren Produktionsmöglichkeiten um jährlich 7 bis 8 vH gesteigert werden könnten. Nach einer Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die öffentliche Hand be-

reits zahlreiche für den Winterbau geeignete Aufträge erteilt.

Die starke Bestelltätigkeit in der Industrie ist zu einem keineswegs geringen Teil auf die *Vorratspolitik* der Unternehmer zurückzuführen. Nach dem vorangegangenen Lagerabbau haben sich im Laufe des letzten Jahres vor allem die Verarbeiter mit Vorprodukten und der Handel mit Fertigwaren in einem Ausmaß eingedeckt, das vielfach nicht mehr im Einklang mit dem (gestiegenen) Produktions- und Umsatzvolumen steht. Häufig spielen hierbei vielmehr Spekulationen auf künftige Lieferschwierigkeiten und Preiserhöhungen eine maßgebliche Rolle. Dies trifft insbesondere für die Stahlwirtschaft und die Textil- und Bekleidungsbranchen zu. Umgekehrt haben bisher die Produzenten ihre Fertigwarenlager, wie erwähnt, zur Erhöhung des Angebots weitgehend geräumt und beginnen erst jetzt wieder mit der Lagerauffüllung. Beide Entwicklungen verschärfen den Nachfragedruck und tragen in den Konjunkturverlauf „ein — vielleicht sogar das entscheidende — Element der Instabilität“ hinein, wie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in seinem neuesten Konjunkturbericht (H. 4/1959, S. 10) meint. „Daß von einer überreichlichen Bevorratung notwendigerweise in der Zukunft, wenn nämlich die Nachfragerwartungen nicht erfüllt werden, wiederum ungünstige Wirkungen auf das gleichmäßige Wachstum von Produktion und Beschäftigung ausgehen müssen“, darin sieht das Institut in Übereinstimmung mit der Bundesbank, dem Bundeswirtschaftsministerium und anderen wirtschaftswissenschaftlichen Instituten die Gefahr. Sie „liegt bei der gegenwärtigen Lageraufstockung im Handel mit Verbrauchsgütern besonders nahe. Die hohen Bestellungen des Handels bei der Verbrauchsgüterindustrie haben . . . sich weitgehend von der Entwicklung der privaten Endnachfrage gelöst.“

Die *industriellen Erzeugerpreise* haben sich in den letzten Monaten allerdings nur schwach erhöht, gegenüber den gleichen Vorjahrsmonaten sind sie stabil geblieben. Dasselbe gilt von den Grundstoffpreisen, soweit sie industrieller Herkunft sind, während die Inlandspreise für land- und forstwirtschaftliche Grundstoffe vom Oktober 1958 zum Oktober 1959 um fast 3 vH angestiegen sind. Wenn die Unternehmer in wachsender Zahl dennoch Preiserhöhungen erwarten, dann diesmal gewiß nicht wegen Lohnerhöhungen, sondern wegen der Spannungen im Bereich der Unternehmungen, die jedoch von den Unternehmern selbst und nicht von den Endverbrauchern und nicht von den Gewerkschaften hervorgerufen worden sind. Die in letzter Zeit mehrfach vom Bundeswirtschaftsminister ausgesprochenen Aufforderungen zum Maßhalten sind jedenfalls gegenüber den Gewerkschaften falsch adressiert. Statt sich, wie in der Bundestagsdebatte über die Preisentwicklung am 11. Dezember 1959, über die an-

gebliche „Maßlosigkeit, die unser Volk mehr und mehr erfaßt“, und über „überhöhte“ Lohnforderungen der Gewerkschaften zu erregen, hätte Minister Erhard allen Anlaß gehabt, sich darüber zu beklagen, daß die Unternehmer seine im Frühjahr 1959 eindringlich vorgetragenen Appelle zu Preissenkungen nicht befolgt haben. Sein Ministerium weist in dem Ende November 1959 herausgegebenen Bericht über die wirtschaftliche Lage selbst auf die Möglichkeiten hin, die die Industrie zu Preissenkungen gehabt hat. Im 2. Vj. 1959 stand einer Erhöhung der industriellen Arbeitsproduktivität um 10,4 vH ein Ansteigen des Lohnes je Arbeiterstunde um 3,8 vH gegenüber, im 3. Vj. 1959 einem Zuwachs der Produktivität von 7,7 vH einer des Lohnes von 5,5 vH. In dem gleichen Bericht des Wirtschaftsministeriums ist die Entwicklung des privaten Verbrauchs und des Masseneinkommens auch völlig richtig dargestellt worden; der Minister hätte sich daran halten können, statt die angeblichen Gefahren von Lohnerhöhungen an die Wand zu malen und sich zu Äußerungen hinreißen zu lassen, die ihn unglaubwürdig machen. Das Ministerium schreibt:

„Im Vergleich zu der in manchen Fällen geradezu hektischen Nachfrage der Unternehmer . . . verhielten sich die Konsumenten weiterhin recht besonnen und vernünftig. Eine leichte Beschleunigung im Wachstum des privaten Verbrauchs, wie sie sich seit einigen Wochen abzeichnet, widerspricht bei näherer Betrachtung diesem Urteil keineswegs. Von Januar bis August waren die Einzelhandelsumsätze dem Werte und der Menge nach um rund 3 vH höher als in der gleichen Vorjahrszeit; im September und ebenso im Oktober gingen sie um 6 vH über die entsprechenden Vorjahrswerte hinaus. Ein Drittel dieses Zuwachses beruht jedoch auf Preiserhöhungen, vor allem bei Lebensmitteln. Die Ausweitung der Umsatzmenge im Einzelhandel betrug also in den letzten beiden Monaten rund 4 vH und deutet damit auf eine nur leichte konjunkturelle Beschleunigung des realen Verbrauchs hin. Sollte in der weiteren Verbrauchsentwicklung mit einer lebhafteren Tendenz gerechnet werden, so *nicht* wegen der stärkeren Aufwärtsentwicklung der Masseneinkommen, die im Gegenteil hinter der im Vorjahr *zurückgeblieben* ist. Die höheren Konsumausgaben in den Monaten September und Oktober lassen sich deshalb auch kaum auf eine übermäßige Einkommensbildung oder auf eine wesentliche Erhöhung der Konsumneigung zurückführen. Sie müssen vielmehr überwiegend als Folge der Preissteigerung angesehen werden, die in der Hauptsache Güter des Starren Bedarfs belasten, so daß die Ausweichmöglichkeiten für den Verbraucher gering sind.“

Die *landwirtschaftlichen Erzeugerpreise* sind vom Oktober 1958 zum Oktober 1959 um 7,2 vH angestiegen, darunter die Preise für pflanzliche Produkte um nicht weniger als

20,7 vH. Am höchsten waren die Erzeugerpreiserhöhungen für Gemüse (+ 106 vH), Kartoffeln (+ 60 vH im Einkellerungsmonat September und immer noch + 32 vH im Oktober) und Obst (+ 55 vH). Das hat zu einer Erhöhung der Ernährungsaufwendungen im Preisindex für die Lebenshaltungskosten um 6,6 vH geführt. Zweifellos hat die Trockenheit des vergangenen Sommers zu diesen Preiserhöhungen beigetragen, sie kann aber deren Ausmaß nicht entschuldigen. Daneben gibt es andere Erklärungsgründe, die alle gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung sprechen. Dafür einige Beispiele. Die Ernte an Spätkartoffeln ist gar nicht, wie es während der Einkellerungszeit von offenbar interessierter Seite hingestellt wurde, niedriger, sondern sogar noch etwas höher ausgefallen als im Vorjahr. Allerdings mag sich die künstliche Verknappung des ausländischen Futtermittelangebotes dahingehend ausgewirkt haben, daß mehr Kartoffeln verfüttert wurden — auch eine Folge der protektionistischen Agrarpolitik. Aber selbst dann und wenn berücksichtigt wird, daß 1959 ungewöhnlich große regionale Mengen- und Qualitätsunterschiede im ganzen zu höheren Transportkosten geführt haben, ist das Ausmaß der Kartoffelpreiserhöhungen nicht gerechtfertigt. Eine wirksame Aufklärung der Verbraucher und eine *rechtzeitige* Aufhebung des Kartoffelzolls von 18 vH und der Einfuhrbeschränkungen hätten sicherlich preissenkend gewirkt. Die beharrliche Weigerung des Landwirtschaftsministeriums, den Butterzoll in Höhe von 22,5 vH bei Einfuhren aus EWG-Ländern und von 24 vH bei Einfuhren aus sonstigen Ländern rechtzeitig auszusetzen, hat ebenfalls zur Verteuerung des Einzelhandelspreises für Butter um 40 bis 60 Pf je Pfund entscheidend beigetragen. Dagegen wurden ausgleichende Preisenkungen, die infolge eines verstärkten Rinderauftriebs möglich waren, „weitgehend durch beträchtliche Fleischeinlagerungen zu wesentlich höheren Preisen als im Vorjahr aufgefangen“, wie die Bundesbank (in ihrem Bericht für Oktober 1959) mitteilt. Ihrer Ansicht ist voll zuzustimmen, daß in den letzten Monaten „die staatliche Marktregulierung teilweise eine wenig glückliche Rolle gespielt“ hat.

Die hier gegebene und nicht ohne Überlegung gerade durch amtliches Material gestützte Darstellung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung ergibt eindeutig, daß keineswegs die gewerkschaftliche Lohnpolitik für die in der Wirtschaft zu bemerkende Nervosität und vorhandenen Übersteigerungserscheinungen sowie für den Preisanstieg verantwortlich zu machen sind. In den ersten drei Vierteljahren 1959, für die bisher erst Angaben vorliegen, erhöhte sich der Bruttolohn (-gehalt) je Beschäftigten nach Angaben der Bundesbank um knapp 4 vH. Zu beachten ist allerdings, daß einerseits die gesetzlichen Lohnabzüge prozen-

tual etwas niedriger waren als ein Jahr zuvor, daß andererseits aber die Sparleistung hoch blieb und die Kaufkraft der D-Mark des Verbrauchers um etwa 2/3 vH abnahm. Infolgedessen hat der reale Verbrauch des Beschäftigten nur um etwa 3 vH zugenommen, während seine Arbeitsleistung — gesamtwirtschaftlich betrachtet — sich um etwa 4 vH erhöhte. Dieses Zurückbleiben des privaten Verbrauchs muß bei der Beurteilung der jetzt gestellten und der zu erwartenden gewerkschaftlichen Lohnforderungen berücksichtigt werden. „Weder die Einkommensentwicklung und erst recht nicht die Verausgabung der verfügbaren Einkommen durch die Verbraucher geben zu begründeten inflatorischen Besorgnissen Anlaß“, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Wochenbericht vom 20. November 1959 fest. Es wendet sich dagegen, ausschließlich auf — mögliche oder auch nur an die Wand gemalte — Gefahren zu blicken, die sich aus einer Einkommensaufbesserung für den Geldwert ergeben könnten. Die Probleme liegen nach Ansicht des Instituts „mindestens ebensosehr in der Frage, ob dieses Nachziehen der Einkommen der Nichtselbständigen *überhaupt rechtzeitig und ausreichend* erfolgt, um die durch die Investitionswelle dieses Jahres (1959) erneut und verstärkt geschaffenen Angebotsmöglichkeiten, vor allem gerade des industriellen Verbrauchsgüterbereichs, auch auszulasten.“ Der Zentralbankrat beschloß am 23. Oktober 1959 eine Erhöhung des Diskontsatzes von 3 auf 4 vH und der Mindestreserven, die die Banken zinslos bei der Bundesbank unterhalten müssen, um 10 vH. Das Ausmaß der hierdurch entstandenen Verteuerung des Geldes um ein Drittel fand keinesfalls ungeteilte Zustimmung. Der DGB erklärte z. B., daß es sich dabei um ein „blindes Instrument handelt, das auch die weniger begünstigten Bereiche trifft und die dort beschäftigten Arbeitnehmer benachteiligt“. Er kritisiert, daß nicht durch eine vorausschauende Konjunkturpolitik, die alle möglichen Mittel sorgsam abgewogen einsetzt, eine derartige Entwicklung verhindert worden ist. Skeptisch wurden die Maßnahmen aber auch von einer Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern und -publizisten beurteilt. Nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht vom 20. November 1959) „bestehen berechnete Zweifel, ob von der monetären Seite her überhaupt eine Abkühlung jener partiellen Überhitzungserscheinungen, wie vor allem bei der Auftragsentwicklung des industriellen Bereichs, zu erreichen sein wird. Auch den verstärkten Lageraufstockungen ist gerade dort, wo sie unerwünscht spekulativ sind, durch Kreditverteuerung am wenigsten beizukommen. Ebenso wenig können etwa die Anspannungen des Arbeitsmarktes durch monetäre Restriktionen behoben werden. Das gleiche gilt selbstverständlich für die Expansion der Ausfuhr.“

Der Zentralbankrat hat außerdem die für die öffentliche Finanzpolitik Verantwortlichen aufgefordert, „antizyklische“ Finanzpolitik zu betreiben. Sie sollen die öffentlichen Ausgaben und die öffentliche Investitionstätigkeit beschränken und den Kapitalmarkt möglichst wenig in Anspruch nehmen. Was die ersten beiden Wünsche betrifft, so ist hier der Spielraum sehr eng, da die meisten Ausgaben auf Rechtsverpflichtungen beruhen, die nicht jeweils aus konjunkturellen Gründen verändert werden können. Soweit es sich um Ausgaben handelt, die z. B. als Sozialleistungen, Löhne und Gehälter der Bediensteten dem privaten Verbrauch unmittelbar zugute kommen, ist eine Beschränkung konjunkturpolitisch gar nicht einmal wünschenswert. Von der öffentlichen Investitionstätigkeit kann durch Winterbau-

maßnahmen allerdings eine Entlastungswirkung ausgehen. Wie bereits erwähnt, ist auch das öffentlich geförderte Wohnungsbauprogramm im neuen Jahr nicht mehr so umfangreich wie im alten. Darüber hinaus ist jedoch eine Einschränkung nur in sehr geringem Ausmaß möglich, weil der Bau von Schulen, Straßen, Krankenhäusern usw. so dringlich ist, daß er nicht bis zum nächsten Konjunkturrückschlag hinausgeschoben oder auch nur spürbar verlangsamt werden kann. Mehr als auf eine Einschränkung der öffentlichen Nachfrage kommt es indessen gegenwärtig darauf an, das Güterangebot durch verstärkte Einfuhren zu erweitern. Alle noch bestehenden Möglichkeiten hierzu — Abbau von Einfuhrbeschränkungen, Zollessenkungen — sollten ausgeschöpft werden.

Günter Pehl